Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 40 Goldpfennige, amtliche Zeile 50 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1498.

Nr. 205 | Dienstag, den 2. September 1924 | 19. Jahrgang

Um den Bürgerblock.

Mit der Ueberweisung der Zollvorlage an einen Ausschuß noch vor den Sommerferien des Reichstages war es also nichts: die Obstruktion der sozialistischen Linken hat durch die Rechnung einen Strich gemacht. Umso krampfhafter bemüht sich jetzt die Deutschnationale Volkspartei um die Schaffung des Bürgerblocks, der ihr endlich den seit Jahren ersehnten Eintritt in die Regierung bringen soll. Da kann es ihr nunmehr gar nicht rasch genug gehen und mit wahrhaft „jüdischer Hast" präsentiert man heute schon die Wechsel zur Einlösung, die man von der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum in der Hand zu haben meint. Ja wenn man den stürmischen Vorkämpfern für die neue Koalition glauben darf, so ist diese überhaupt schon vorhanden. Schreibt doch der Leibjournalist Dr. Hugenbergs im „Berliner Lokalanzeiger": „Der Bürgerblock, von dem die fistulierenden Stimmführer der Demokratie behaupten, er sei unmöglich und unerlaubt er könne, dürfe und werde nicht kommen, — er ist schon da. Nehmen Sie doch einen Augenblick lang den Kopf aus dem Sand meine Herren, so werden Sie ihn sehen!"

•

Wahrhaftig? Ist es schon so weit? So ganz zweifelsohne ist das doch wohl nicht. Lesen wir doch gleichzeitig in der „Zeit" des Herrn Stresemann: „Den Deutschnationalen wäre zu raten, daß sie nicht wieder in ihren alten Fehler verfallen, ungestüm Forderungen zu stellen, die über jedes Maß hinaus gehen. Bestimmte Versprechungen, etwa gar über die Zahl oder die Verteilung von Ministersitzen, sind von keiner Seite gemacht worden. Wenn man sich die Dinge in Ruhe ausreifen läßt fährt man am besten." Das klingt doch noch recht reserviert. Es wiegt umso schwerer, als diese Mahnung zur Ruhe gerade von der Partei ausgeht, die sich nicht nur rühmt, seit Anfang dieses Jahres das Zustandekommen des Bürgerblocks mit aller Kraft zu erstreben, sondern die tatsächlich auch in dieser Beziehung alles mögliche geleistet hat, und die auch jetzt in den letzten Tagen wieder die Initiative zu den Verhandlungen mit den Deutschnationalen ergriffen hat. Diese werden sich also, scheint es, bis zum Wiederbeginn der politischen Saison in Geduld fassen müssen.

•

Warum aber betreibt die Deutschnationale Volkspartei ihren Eintritt in die Regierung so energisch? Will sie weiter nichts, als aus der 5prozentigen Zustimmung zum Londoner Pakt in Bezug auf die Verantwortlichkeit an der Ausführung des Dawesgutachtens die Folgerungen ziehen? Nein, ihnen geht es um viel mehr! Ihnen ist es sogar um mehr zu tun, als um eine Hand voll Ministerposten. Die Futterkrippe in allen Ehren — aber was die Deutschnationalen hauptsächlich wollen, ist die Durchdringung der ganzen inneren Politik mit ihren Grundsätzen; wenn sie anderweitig die Sicherheit hierfür gewinnen, so würden sie vermutlich auch hinsichtlich der obersten Reichsämter mit sich reden lassen. Was aber sind die Forderungen der deutschnationalen Innenpolitik? „Den augenblicklich wichtigsten Punkt verrät in seinem Aerger über die Spaltung der Fraktion das „Gewissen", das Organ des Abg. Martin Spahn: es ist die „Wahrnehmung der deutschnationalen Belange" in der Dawespolitik. Wohlverstanden der „deutschnationalen", nicht der Belange der Gerechtigkeit und Billigkeit. Was das bedeutet davon gewinnt man durch die Nebenabsichten, die die Großgrundbesitzer mit der Durchbringung der Zollvorlage verbinden, einen Vorgeschmack und weiterhin lernt man diese Belange würdigen, wenn man sich vergegenwärtigt daß die Deutschnationale Volkspartei die Gegnerin des Achtstundentages und der Lohntarifverträge ist sie selbst nennt das schamhaft: „Brechung der Vorherrschaft der sozialistischen Gewerkschaften". Als sonstige Aufgabe der Rechten im neuen Block werden in einem Blatt wie der „Deutschen Zeitung", die aus ihrem Herzen keine Mördergrube macht, bezeichnet die Reinigung der Behörden „von unsauberen und unfähigen Elementen", auf deutsch: die Entfernung aller republikanisch- und verfassungstreuen Beamten. Ebendahin gehört ja auch die Sprengung der großen Koalition in Preußen und die Entfernung Severings und Brauns mit allen sich für die Verwaltung daraus ergebenden Konsequenzen. Nimmt man hinzu, daß wie angekündigt wird, die Rechtskoalition versuchen würde, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold das Lebenslicht auszublasen, dagegen die Organisationen der völkischen Bewegung, wenn nötig mit Staatssubventionen, aufzupäppeln, so kann man sich genau vorstellen, welchem Endziele die Deutschnationale Volkspartei zustrebt: nämlich einer völligen wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Reaktion.

Die Völkerbundsversammlung in Genf.

Die Eröffnungssitzung.

Genf, 1. Sept. Den Auftakt für die Verhandlungen des Völkerbundes bildeten zwei Festgottesdienste, denen zahlreiche Vertreter der auswärtigen Delegationen beiwohnten. Lange vor Beginn der Sitzung versammelte sich die Menge, um der Auffahrt der einzelnen Delegationen beizuwohnen, die gegen ½11 Uhr langsam einsetzte. Die Sitzung wird pünktlich um 11 Uhr von dem belgischen Außenminister Hymans eröffnet, der das Wort zu einer längeren Begrüßungsansprache ergreift. Er beginnt mit einem kurzen historischen Ueberblick über die Entwicklung des Völkerbundes, dessen Organisation heute beendet ist. Redner spricht den Wunsch aus, daß das Londoner Abkommen sich in Tatsachen umsetzen und der Welt die Erleichterungen geben, die sie verlangt. Wir sehen in ihm den Beginn einer neuen Epoche, die das eiserne Zeitalter ablösen soll. Die Konferenz von London hat die Reparationsfrage gelöst, jedoch ein anderes Problem besteht weiter und quält die Staaten die am meisten unter dem Kriege gelitten und die sich am meisten im Falle eines künftigen Krieges bedroht fühlen. Das ist

das Sicherheitsproblem.

Europa will nicht mehr in der Ungewißheit leben und man muß dem Frieden eine feste politische und juristische Struktur geben. Man muß ein ständiges Regime der Sicherheit und des friedlichen Schaffens haben. Von allen Seiten richtet man daher heute die Blicke auf den Völkerbund und von ihm erwartet man eine Lösung. — Nach der Rede Hymans schritt die Versammlung zur Wahl der Kommission zur Prüfung der Vollmachten und vertagte sich darauf auf den Nachmittag zur Wahl des ordentlichen Präsidenten.

Genf, 1. Sept. Die Völkerbundsversammlung wählte heute den Führer der schweizerischen Delegation, Bundesrat Motta, zum Versammlungspräsidenten. Motta dankte darauf wiederholt von Beifall unterbrochen im Namen der ganzen Schweiz für die Ehre, die dem Land durch seine Wahl zuteil geworden sei. Er legte ein Bekenntnis der Treue und des Glaubens an die Zukunft des Völkerbundes ab, das ja auch durch die Entwicklung der Ereignisse gerechtfertigt sei, wenn man die Ungewißheit die über den früheren Völkerbundsversammlungen schwebte, und die hoffnungsvolle Atmosphäre, welche diese Versammlung umgebe, vergleiche. Mit großer Genugtuung stellte er fest, daß das Problem der Reparationsfrage nunmehr einer Lösung nahegekommen und geklärt worden sei. Ferner begrüßte Motta mit großer Bewegung den Aufschwung, den infolge der Londoner Konferenz der Schiedsgedanke genommen habe von dem das Schicksal des Rechtsfriedens abhänge. In der Teilnahme so zahlreicher Regierungsmitglieder an der diesjährigen Völkerbundsversammlung erblicke er eine Anerkennung und ein Wachsen des Prestiges des Völkerbundes, das selbst in den Ländern, die dem Völkerbundsgedanken ablehnend gegenüberstanden, eine erhöhte Anziehungskraft ausübe.

Nach der Wahl des Präsidenten setzte die Völkerbundsversammlung wie alljährlich wieder sechs Hauptausschüsse ein, auf die der Verhandlungsstoff verteilt wurde: 1. Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen 2. Ausschuß für technische Organisation, 3. Rüstungsbeschränkung, 4. Haushaltungs- und Finanzfragen, 5. Soziale und humanitäre Fragen, 6. Politische Fragen. Daneben wurde wieder ein Ausschuß für die Prüfung der Tagesordnung gebildet. Von den sechs Ausschüssen wird jeder seinen Präsidenten wählen, die gleichzeitig Vizepräsidenten der Versammlung sind, die außerdem noch in freier Wahl sechs Vizepräsidenten erwählt.

Eine Weltabrüstungskonferenz?

London, 1. Sept. Der „Mahnalds Nieuwsbaer" glaubt zu wissen, daß der französische und der englische Ministerpräsident der Vertretung des Völkerbundes in Genf mitteilen werden, daß sie sich über die Einberufung der Weltkonferenz zur Regelung der Abrüstungsfragen verständigt haben. Diese Konferenz wird demnächst stattfinden. Alle Länder, auch diejenigen einbegriffen, die nicht zum Völkerbund gehören, werden Einladungen erhalten.

Ist es möglich, daß die Deutschnationalen für dieses Programm einen Block zusammenbekommen? Die Aussichten sind derzeit nicht übermäßig groß. Selbst wenn man davon absieht daß die Deutsche Volkspartei sich eine Bedenkzeit ausmacht, so ist es doch gewiß kein Zufall daß gerade am letzten Sonntag der Reichsparteivorstand der Deutschen Zentrumspartei als das Ziel der Partei nach wie vor hinstellt „die Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft in der alle nationalen sozialen und kulturellen Kräfte des deutschen Volkes zur fruchtbaren Auswirkung gelangen können". Eine solche Volksgemeinschaft wäre aber so ziemlich das Gegenteil des sogenannten Bürgerblocks. Nicht unwichtig ist auch daß ein Zentrumsmann wie der frühere Reichskanzler Dr. Wirth in diesem Moment ganz energisch die Idee des Bürgerblocks zurückweist. Was die Deutsche Demokratische Partei anlangt, so braucht man hier garnicht auf die auch vom Zentrum geteilten allgemeinen Bedenken gegen eine Koalition speziell der bürgerlichen Parteien einzugehen; es genügt, auf das oben skizzierte Programm der Deutschnationalen hinzuweisen, um die Haltung der Demokraten klar zu machen. Mit großem Beifall hat der letzte demokratische Parteiausschuß die Erklärung des Vorsitzenden Koch aufgenommen, daß nach endgültiger Klärung der außenpolitischen Verhältnisse nichts die Demokraten bewegen könne, eine Politik der Opfer und Konzessionen gegenüber der Rechten mitzumachen, und nicht weniger stark war der Beifall als Abg. Koch dieser Tage im Demokratischen Klub ausführte die Haltung der anderen Parteien zeige, daß man der Deutschen Demokratischen Partei in dem Bürgerblock eine Aschenbrödelrolle zuweisen wolle, für die sie sich bedanke. „Unsere Aufgabe," so sagte Koch weiter, „kann nur sein, mit den Parteien zusammen zu gehen von denen wir erwarten können, daß sie uns in der von uns als richtig anerkannten Politik unterstützen."

Frühere Einberufung des Reichstages?

Berlin, 2. Sept. Die Einberufung des Reichstages zum 15. Oktober steht noch nicht fest. Von der Regierung ist der Antrag eingegangen, die Schutzzollvorlage zu einem früheren Termin zu beraten. Es ist daher mit der Einberufung des Reichstages für Ende September oder Anfang Oktober zu rechnen.

Die ersten deutschen Zahlungen

auf Grund des Londoner Abkommens.

Paris, 1. September. Vom heutigen Montag an beginnen die im Dawesplan und im Londoner Abkommen festgesetzten Fristen zu laufen. Schon am nächsten Dienstag wird Deutschland eine erste Zahlung in Höhe von 20 Millionen Goldmark zu entrichten haben. Da der provisorische Generalagent für die Zahlungen, Owen Young nicht vor Freitag in Berlin eintreffen kann entsandte er heute morgen einen in Paris ansässigen amerikanischen Advokaten, Leo Frazer nach Berlin der dort schon morgen ein Büro einrichten wird, das die deutschen Reparationszahlungen entgegennehmen soll. Zehn Tage später hat Deutschland nach dem Londoner Abkommen weitere 20 Millionen Goldmark zu bezahlen. Frankreich und Belgien müssen innerhalb derselben Frist die gesamten Erträgnisse aus der Ruhrbesetzung an Owen Young abführen mit Ausnahme einer bestimmten Summe für ihre militärischen Auslagen. Erst nach Erfüllung dieser Bedingungen werden die Vorbereitungen für die Ausgabe der 800-Millionen-Anleihe getroffen werden, die längstens im Oktober, also einen Monat vor den amerikanischen Wahlen, begeben sein soll.

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit des Reiches muß nach den Londoner Beschlüssen mit dem 1. September einsetzen, da die Reparationskommission in diesen Tagen feststellen wird, daß Deutschland die zur Durchführung des Dawesplans notwendigen Gesetze durch den Reichstag beschließen ließ. Sodann müssen innerhalb fünf Wochen die im Dawesplan vorgesehene Durchführung der Kontrollorganismen eingesetzt, dann die neue Reichsbank und die neue Eisenbahngesellschaft geschaffen werden, ferner müssen die Eisenbahn- und Industrieobligationen übergeben werden. Spätestens am 7. Oktober muß die Reparationskommission feststellen, daß alle diese Deutschland auferlegten Bedingungen erfüllt werden. Nach dem 7. Oktober wird die Uebergabe der französisch-belgischen Eisenbahnregie an die neue Eisenbahngesellschaft erfolgen. Innerhalb weiterer 14 Tage sollen die ersten gegenwärtig von der Regie betriebenen Eisenbahnlinien unter die Kontrolle des Organisations-Komitees für die Eisenbahnen für Rechnung der neuen Eisenbahngesellschaft zu führen begonnen werden. Die gesamte Regie wird innerhalb einer Frist von sechs Wochen aufgelassen werden spätestens am 7. Dezember.